

Für die Presse

„Ein ‚Weiter so‘ ist weder klug noch wünschenswert“ – Studie zeigt Wege zur Klimagerechtigkeit auf

Berlin, 15. März 2023. Die Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ der Deutschen Bischofskonferenz stellt ihre Studie „Wie sozial-ökologische Transformation gelingen kann“ im Parlamentarischen Beirat für Nachhaltige Entwicklung des Bundestages vor.

Die Studie stellt klar, dass ein solcher Umbau unserer Gesellschaft und Wirtschaft nur mit einem grundsätzlichen Kulturwandel gelingen kann: „Autofreie Innenstädte, eine gesunde und nachhaltige Ernährung, mehr Klasse statt Masse – der Wandel kann so gestaltet werden, dass er nicht weniger, sondern mehr Lebensqualität bedeutet. Das gilt es auch sichtbar zu machen“, betont Prof. Dr. Dr. Johannes Wallacher, der Vorsitzende der Sachverständigengruppe und Moderator des Fachbereichs Entwicklung der Deutschen Kommission Justitia et Pax. Unsere aktuelle Art des Wirtschaftens hingegen sei nicht mehr tragbar: „Wenn wir uns weiter von kurzfristigen Profitinteressen leiten lassen und notwendige Investitionen in den erforderlichen Strukturwandel versäumen, verspielen wir unsere Handlungsoptionen in der Zukunft und damit auch die Chance, weiterhin ein gutes Leben zu führen. Unter den Bedingungen einer Welt mit begrenzten Ressourcen ist ein ‚Weiter so‘ schlichtweg keine vernünftige Option.“ Um die Breite der Gesellschaft mitzunehmen, dürfe der Wandel nicht egoistisch und klientelistisch gedacht werden. Daher müsse die Umstellung durch massive Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge begleitet werden. Dringend notwendig sei es z. B., eine Infrastruktur für nachhaltige Mobilität bereitzustellen, die für jeden zugänglich und bezahlbar ist. Darüber hinaus müsse die berufliche Bildung auf die neue Form des Wirtschaftens angepasst werden. Für die Kosten dieser Investitionen dürfe man nicht davor zurückschrecken, diejenigen konsequent zur Kasse zu bitten, die aktuell noch unanständig große Gewinne aus umweltschädlichem Verhalten ziehen. Schädliche Subventionen müssten abgebaut werden.

Dabei dürfe man auch die internationale Verantwortung nicht aus dem Blick verlieren. Am Beispiel der Energieversorgung durch Kohleverbrennung, die mit mehr als einem Drittel der weltweiten Emissionen die wichtigste Ursache klimaschädlicher Treibhausgase darstellt, erläutert Wallacher: „Obwohl ein zügiger weltweiter Kohleausstieg klimapolitisch notwendig, wirtschaftlich sinnvoll und technisch vergleichsweise einfach möglich wäre, halten viele Länder an dieser Energiequelle fest oder subventionieren diesen überkommenen Energiepfad derzeit noch weiter. Dies gilt leider auch für viele ärmere Länder in Afrika, wo hohe Finanzierungskosten den Ausbau erneuerbarer Energien gerade dort erschweren, wo dieser besonders notwendig und effektiv wäre. Soll verhindert werden, dass die hohen Folgekosten von Kohleförderung und

Herausgeber:

Deutsche Kommission JUSTITIA ET PAX
Hannoversche Str. 5, D 10115 Berlin
Telefon: +49 (30) 30 243428-153
Telefax: +49 (30) 243428-288
e-mail: jl@jupax.de
<http://www.Justitia-et-Pax.de>

Einrichtung der Deutschen Bischofskonferenz
und des Zentralkomitees der deutschen
Katholiken zur Förderung von Entwicklung,
Menschenrechten und Frieden

Redaktion:

Dr. Jörg Lüer
Geschäftsführer

Ansprechpartner:

Dr. Jörg Lüer
jl@jupax.de

Für die Presse



-verbrennung weiter auf unbeteiligte Dritte abgewälzt werden, ist der Globale Norden – und damit auch die Bundesregierung – gefordert, die internationale Zusammenarbeit mit dem Globalen Süden zu stärken und ausreichend Finanz- und Technologiehilfen bereitzustellen.

Die Deutsche Kommission Justitia et Pax (Gerechtigkeit und Frieden) wurde 1967 gegründet und versteht sich als Forum der katholischen Einrichtungen und Organisationen, die im Bereich der internationalen Verantwortung der Kirche in Deutschland tätig sind. Justitia et Pax ist deren gemeinsame Stimme in Gesellschaft und Politik und damit Akteurin des politischen Dialogs. Die Kommission erarbeitet kirchliche Beiträge zur Entwicklungs-, Friedens- und Menschenrechtspolitik Deutschlands und entwickelt Konzepte für die internationale Arbeit der katholischen Kirche.

Herausgeber:

Deutsche Kommission JUSTITIA ET PAX
Hannoversche Str. 5, D 10115 Berlin
Telefon: +49 (30) 30 243428-153
Telefax: +49 (30) 243428-288
e-mail: jl@jupax.de
<http://www.Justitia-et-Pax.de>

Einrichtung der Deutschen Bischofskonferenz
und des Zentralkomitees der deutschen
Katholiken zur Förderung von Entwicklung,
Menschenrechten und Frieden

Redaktion:

Dr. Jörg Lüer
Geschäftsführer

Ansprechpartner:

Dr. Jörg Lüer
jl@jupax.de